

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt

Amtl. Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wlth. Schumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.

Geschäftsstelle: Buddenbergsfr. 11. Fernsprecher 125. — Postfachkonto Köln Nr. 41494

Schriftleitung: Buddenbergr. 4. Fernsprecher 3875.

Feuersbreis: Im Bodum und Umgebung monatlich 8—12, durch die Koh bezogen vierteljährlich 18—20, monatlich 6—10, frei Haus. Geliefert an allen Bergrängen morgens. Für unverletzliche Umfendungen hafter die Schürflistung nicht. Aufporto ist belag 4—5 Hg. Erschleichen der Schürflistung von 11—12 Uhr vorm. und 4—5 Uhr Nachmittags. Im Falle bösserer Gewalt, auch durch Siefelung und Heftung von Schabenerlein. — Rokenlose Unfallunterstützung von 300 Mk. nach Aufgabe unserer Verbindungen.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 40 Bfg., Familienanzeigen 30 Bfg., Stellenangebote 25 Bfg.; außerhalb 50 Bfg. für den ersten und 33 und 33 Malteilbreite; Im Mellemittel 77 Malteilbreite, 11 Malteil Höhe 175 Bfg. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Orten und Plätzen wird keine Gebühr übernommen. Beilagengebühr 2 Bfg. das Faltblatt. Bei unwogweisler Verbreitung der Einrückungsgebühren durch Lage oder in Sonstigen Fällen wird der bemittelte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluss von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Unierte Raubpolizei.

Die Reparationskommission hat an die deutsche Kriegskostenkommission die mündliche Aufforderung ergehen lassen, die Goldbestände der Reichsbank und der übrigen Noteninstitute (Eassische Bank, Badische Bank usw.) als Sichertsehl für die deutschen Leistungen nach dem besetzten Gebiet zu überführen. Das ist das neueste Glied in der Kette der Entressungen, die Deutschland umschindern und für die weitestgehenden Reparationsforderungen gefällig machen soll. Als dieser Plan zum ersten Mal tangiert wurde, wurde er als ein Verbrechen bezeichnet.

Der Reichshaushalt für 1921.

5b. Berlin, 19. April. Dem Reichstag ging ein Ueberblick über den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1921 zu. Danach schließt der ordentliche Haushalt in Einnahmen und Ausgabe mit 46 945 202 051 Mark und der noch zu erwartende Nachtrag mit einem Mehr von 2 485 567 574 Mark ab. Einen Ueberschuß ergabte von den Betriebsverwaltungen nur die Reichsdruckerei mit 3,2 Millionen Mark. Die Reichspost und die Telegraphenverwaltungen beanspruchten einen Zuschuß von 3 345 582 630 Mark, die Reichseisenbahn 9 228 834 100 Mark. Ferner werden durch die Erhöhung der Beamtengehälter, Pensionen und der Arbeiterlöhne noch etwa 2,5 Milliarden Mark ausgeschossen werden müssen. Die Einnahmen aus Zöllen und Steuern bewegten sich bei fast allen Abgabengeweißen in den letzten Monaten in steigender Richtung, nur bei den Besitzsteuern sind infolge der Schwierigkeiten des Erhebungsgeschäftes große Ausfälle entstanden. Man hofft, im Rechnungsjahr 1921

die Schwierigkeiten überwunden zu haben. Die fortdauernden Ausgaben beanspruchen ein Mehr von 5916 Millionen Mark. Durch die Verringerung des Beamtenkörpers und der Verminderung der Sachausgaben werden Ersparnisse erwartet. Zur Bedeckung der sich im ordentlichen Haushalt ergebenden Mehrausgaben sollen die bestehenden Steuern erhöht, neue Steuern eingeführt und die Eisenbahntariffsätze erhöht werden. Beim außerordentlichen Haushalt werden 43 687 104 808 gegen 1920 10 867 946 231 Mark weniger angefordert.

56. Berlin, 19. April. Der Staatssekretär für das Fernsprechwesen, Bredow, teilte in einem Vortrag mit, daß der Fernsprechersektor einen Fehlbetrag von 800 Millionen Mark jährlich aufweise. Als einzige Möglichkeit der Gesundung der wirtschaftlichen Lage des Fernsprechwesens bezeichnete Bredow die Abschaffung der Fernsprecher-Pauschalgebühr und die Einführung des Rastföhrens.

Der rettende Gedanke.

Man berät in Paris, man berät in London, man berät in Berlin. Und je näher der Tag der Entscheidung, der 1. Mai, heranrückt, desto fordervoller werden die Geister nicht nur bei uns, sondern auch auf der Gegenseite. Sondersich wohl ist Herrn Briand trotz seiner hochtraubenden Nieder nicht. Und es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß auch er sehr zufrieden wäre, wenn ihm von deutscher Seite ein annehmbares Angebot gemacht würde. Die Gefahr ist dabei nur, daß die französischen Politiker seit Wochen an ihren eigenen Phrasen Klammulze machen und sich allgemein in einen so *à* Paroxysmus nationaler Leidenschaftlichkeit hineingefügt haben, daß sie im entscheidenden Augenblick den Boden der Tatsachen nicht wiederfinden können; vor allem deswegen, weil der Unterschied zwischen dem Politiker Ultimatum und dem deutschen Angebot zu groß ist und die Franzosen, je länger die Entscheidung dauert, sich desto fester auf die Position von Paris verbeissen. Zudem ist Deutschland durch das unglückselige Intervium des Außenministers Simons sehr vor der ganzen Welt moralisch verpflichtet, ein neues Angebot zu machen. Herr Simons selbst scheint sich alles von dem mit neutraler Hilfe inszenierten Vermittlungsversuch Americas zu versprechen. Wir wollen ihn in dieser Illusion nicht stören, fürchten aber fast, daß er keinen Erfolg damit haben wird. Und was dann? Geht er dann über das von uns in London überreichte Angebot hinaus, dann strengt er die Reichsregierung in die Luft und muß sich in den kritischsten Stunden erst noch eine neue Mehrheit bilden. Das Unglück ist eben, daß wir zu arm an neuen Gedanken sind, daß wir alle auf das einmal gegebene Negativbeispiel stieren, anstatt den Versuch zu machen, ob es nicht noch ganz andere Lösungsweisen gibt als die bisher probierten.

Da ist nun in den letzten Tagen etwas Neues
gesehen, das zum mindesten ernstester Betrach-
tung wert ist. Man hat auf den Gedanken von
Cecil Rhodes zurückgegriffen, der 1905 den Ver-
such machen wollte, die scharfe deutsch-engli-
sche Konkurrenz aususchalten, um da-
bei der englischen Industrie ihren besten Kunden,
Deutschland, zu rauben. Er hatte dafür die Form
einer gegenseitigen Kapitalbeteiligung vorgeschla-
gen, scheiterte indessen an den Bedenken der deu-
tschen Regierung. Von einem Austausch, wie er
damals gedacht war, ist heute selbstverständlich
nicht mehr die Rede. Was uns jetzt übrig bleibt,
ist ein einseitiges Geschäft, bei dem wir alles
zu zahlen haben und das darauf hinauslaufen
würde, ein Drittel des gesamten Kapitals unserer
Industrie der Entente zur Verfügung zu stellen.
Wie das im einzelnen zu machen wäre, darüber
soll hier nicht gesprochen werden. Dieses Ver-
fahren bliebe natürlich ein schwerer Eingriff in
die Privatrechte, aber in einer Lage, wie wir
sind, muß eben der Einzelne zugunsten seines
Volkes leiden. Nach vorsichtiger Schätzung würde
der Entente auf diese Weise ein Viertel von etwa
dreizehig bis vierzig Milliarden Goldmark zur Ver-
fügung stehen, der sofort realisierbar wäre. Frank-
reich und England könnten die Entente entweder
an ihre Industrien verlaufen oder verpfänden,
sie könnten sie aber auch durch amerikanische Ka-
pitalisten beleihen lassen. Frankreich bekäme
endlich, was es vor allen Dingen braucht: bares Geld.
Die Rente, die wir auf diese Weise entrichten
müssen, wird auf jährlich etwa drei Milliarden
Goldmark einzuschätzen sein, wozu noch der In-
vitantzert in Höhe von etwa 40 Milliarden selbst
kommt, sodas nach französischen Multiplikations-
methoden sich auch auf diesem Wege ein Verzug
von mindestens 250 Milliarden Goldmark heraus-
rechnen läßt. Der Nachteil für uns wäre ein sehr
starker Abverkauf unseres Kapitals, der aber ver-
mutlich wieder ausgeglichen wird dadurch, daß
nun die Entente unserer Industrie ganz anders
gegenübersteht, daß sie in ihr jetzt nicht mehr die
Konkurrenz, sondern die Nützlichkeit sieht und des-
halb alles Interesse daran hat, die Schwierigkeiten,
die sie dem Wiederaufbau unserer Ausfuhr in den
Weg legt, durch die Verhinderung der Einfuhr
von Rohstoffen und die Auflagen auf unsere
Ausfuhr zu beseitigen.

Wit bekommen also auf diese Weise unsere
Erfennbarkeit frei und haben alle Lustigkeit
die Höhe unserer Friedenszeugung zurückge-
winnen, sobald der Ueberzug unserer Indultre-
selbst wenn wir ein Drittel an das Ausland ab-
geben müssen, in seinem Rest immer noch erheb-
lich größer bleiben wird, als der gegenwärtige
Ertrag, den wir den Entente-Mächten mühelos zu-
den. Jähren reizen müssen. Das Hand in Hand
damit ein rasches Steigen unserer Wäute ein
Kriegsabbau gehen würde, ist bei dem starken Ge-
einkünften ausländischer Bezählungen als sicher
anzunehmen. Auch nach der Richtung also können
wir uns von einer solchen Abjüng nur Vorteile ver-
sprechen. Die Bedenken, die ihr entgegenge-
übersehen wir nicht. Aber wir können sie nicht
so hoch anschlagen, um deswegen das ganze Wo-
sett fallen zu lassen, das, sowohl wir einen Ueber-
bist haben, auch auf der Gegenseite mit Ver-
ständnis aufgenommen wird und so den Boden
bereitet für einen Abbau der Kriegsaphose. Vor-
 allem: hier ist endlich einmal ein neuer Ge-
dank, den man nicht länger Hand ablesen, son-
dern auf seine Reifbarkeit prüfen sollte. Die
Aussetzung dafür ist allerdings, daß seine Aus-
führung nicht dem Beamten und Justizen der
Diplomatie überlassen wird, sondern daß man
hier wirklich Sachverständige heran-
zieht die ein solches Geschäft nach beiden Rich-
tungen in all seinen Wirkungen übersehen können.
Der heftigste Großindustrielle Reichberg ist ein

blissen Herrn Fischbeck sowie andere i
stehender Kandidaten zurück, Jakob Ste
auch sein letztes Kartenhaus wieder eingele
Er muß noch einmal von vorn anfangen,
Käfigkeit, mit der er arbeitet, beweist
er jetzt erkannt hat, wie die Sozialdem
te diese Gelegenheit benut
te, um ihn politisch unmöglich
chen. Wenn er die Geduld nicht ver
er zuletzt doch noch die nötige Gefolgshaf
mit der er ein Kabinett bilden kann,
schlüssen über den 1. Mai hinwegzöge und
vor die Blamaze bei der Sozial
strasse hängen. ...

Ein reines Beamten-Ministerium.

w. Berlin, 19. April. Die Bildung eines neuen preussischen Uebergangs-Ministeriums, das aus Zentrum, Demokraten und Sozialen zusammengefaßt werden soll, ist gesichert. Die demokratische Fraktion beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, an einem solchen Kabinett sich nicht zu beteiligen. Minister Fischel wird deshalb in ein solches Kabinett nicht eintreten.

Das Tagelblatt schreibt, Stegerwald verfolge nun, ein reines Beamtenministerium zu bilden. Nach einer Version der Vossischen Zeitung sollen Verhandlungen im Gange sein, ein Kabinett auf der Grundlage der alten Regierungskoalition herzustellen. Die Aussichten hierfür seien dünn.

Herr Severing und die Beamten.

Von H. Morath, M. d. R.
Der Berufsverein der Verwaltungsbeamten hat an den nünmehr wohl verflochtenen preussischen Minister des Innern Seevering wegen einer Wahlbreche, die der Minister scheinbar in Magdeburg gehalten hat, ein Protokoll schreiben gerichtet, dem sich alle diejenigen anschließen werden, die in Bezug auf die Bezeichnung von Beamtenstellen nicht den Idealisten der Sozialdemokratie huldigen. In dem erwähnten Schreiben wird dem Minister zum Vorwurf gemacht, daß er in scharfer Weise gegen das alte Beamtenthum als solches Stellung genommen und die baldige Beireiung Preussens von diesem Beamtenthum gefordert habe. Der Minister soll hinzugefügt haben, daß dieses Ziel freilich nicht sobald zu erreichen sei, da die Veruche nach dieser Richtung ein wüthendes Lärmen der Rechtspresse ausgelöst hätten. Es gehe aber thatsächlich auch ohne die alten Beamten, und es sei ja der Beweis erbracht (!), daß ein Vätergeseß ein tüchtiger Landrat und ein Seattlergeseß ein brauchbarer Repräsentant des Reiches sein könne. Im übrigen sei wohl keines der gekrönten Häupter von ebendem so wie Oberin der Sage gewesen, auch nur einem „Güntherlein“ ansehnlicher. Die früher repräsentiert hätten, seien ja meist nur die Söhne ihrer Väter gewesen. Früher hätte auch das Ministersein nicht viel mehr als Repräsentieren bedeutet, heute mußte der Minister dagegen von früh bis spät arbeiten, Soviel wie die alten Anbeträte, die das als Söhne ihrer Väter geworden seien, leisteten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer noch länger. Man brauche nicht mehr die Typenbilder, die Kärner und die Paläos. Auch Verantwortungsgefühl habe für mancher sozialdemokratischen Oberpräsident in weitaus höherem Maße mitgebracht, als die alten je befehlen hätten.

Diese Eilprobe möge genügen, um dem Beset-
zu zeigen, welch Gegensatz zwischen dem alten und
dem neuen preussischen Beamtengeist! 6 Meist nur
die Bosheiten des Herrn Seberling gegen den Reichs-
präsidenten, diesen „brauchbaren Repräsentanten des
Reiches“, der es besser versteht, Hungererleiden an
aufzuteilen, als irgend ein anderes, oder wegen der

Einverständnis in der Festlegung der geologischen Siebenstundenschicht im Ruhrbergbau

politischen Aufschwung. Die letzte Sitzung des Nationalwirtschaftsrates beschäftigte sich mit dem Gesetz-entwurf über die Siebenstundenschicht im Bergbau. Die Unternehmer erklärten sich damit einverstanden, für den Ruhrkohlenbergbau die Siebenstundenschicht gesetzlich festzulegen. Der Forderung der Siebenstundenschicht für alle Bergbauzweige und Bergbaubezirke wurde jedoch entgegengetreten. Die Arbeitsverhältnisse im Braunkohlen-, Kalk- und Erzbergbau sind von jenen des Steinkohlenbergbaues außerordentlich verschieden. Die Arbeiter dieser Bergbauzweige haben zum größten Teil nicht bei weitem den Durchschnitt der Schmiergelohnen zu überwinden, die dem Ruhrkohlenbergmann entgegenstehen. Mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Lage des Kalk- und Erzbergbaues erscheint es unmöglich, eine schematische Arbeitsfestlegung vorzunehmen. Teilweise wird auch ohne Widerstand der Bergarbeiterchaft in den genannten Bergbauzweigen länger als sieben Stunden gearbeitet. Von Seiten der Arbeitnehmervertretung wurde jedoch die Forderung des schematischen Siebenstundentages aufrecht erhalten, obwohl sie anerkannte, daß im Bergbaugrundlegende verschiedene Arbeitsverhältnisse vorliegen. Es wurde verlangt, daß die schwerwiegendsten wirtschaftlichen Bedenken der Bergbautreibenden der nicht westfälischen Bezirke noch eingehend geprüft werden.

Lloyd George über die Durchführung des Friedensvertrags.

Wb. London, 18. April. (Heuter.) Lord George sagte im Unterhause, Deutschland sei noch in Bezug bezüglich der Entschädigungen, des Verzinsens gegen die Kriegsschuldigen und der Entwaffnung. Es habe bisher keine Meinung gesagt, prächtige Vorbildige zur Ausführung des Friedensbetrages vorzulegen. Es sei daher gebieterische Pflicht der Verbündeten, aber weitere Schritte einer Konferenz zu veranlassen. Es könne sich als notwendig erweisen, die Unterwerfung unter die Bestimmungen des Friedensbetrages zu erzwingen. Lord George sagte hinzu, er könne nicht sagen, wann und wo eine solche Konferenz tagen werde. Die Regierung würde auf Grund der Ausnahme vorgehen, daß das britische Volk den Vertrag von Versailles durchgesetzt zu sehen wünsche. Falls das Unterhaus von einer anderen Annahme ausgehe, so könne, wenn es dies wünsche, zu jeder Zeit eine Aussprache darüber veranlaßt werden.

Emser
Wasser
gegen
Katarrhe **EMS**
M. S. W. Schutz
Macht

Daunen = Betten

Frauenstolz
ges. gesch.
Bett-Inlett
Metallbetten
Bettfedern
Matratzen
Bettwäsche
Steppdecken

in hervorragender Ausführung und bekannter Qualität empfiehlt

Lindaus Betten-Spezial-Haus
Bochum
2 Humboldtstr. 2

Brautkränze
grün, silber und gold
Buketts
Brautschleier
empfiehlt billigst
Bochumer
Blumenhalle
Bochum,
Große Beckstr. 22.
Spezial - Geschäft für
künstliche Blumen,
Palmen und Pflanzen.

Ste. nhäger,
Wachholder,
Münsterländer
Alaren, & före
süße Weine,
Ägeli- u. Moselmwein
Sekt, Fruchtweine
empfehle
A. Jankik,
Maarbrüder Str. 12.

er früherer
brizieren, ist
Waschmittel
besonders

enindustrie



TOUCHY TUNZ.

Um meistens gerade auf Egbert.
Er hatte sich auf das Wiedersehen mit dem
Schwieger getreut. Er hatte gehofft, sich mit ihm
ausprechen zu können. So jung sie war — sie war
ihm der einzige Mensch, vor dem er vertrauensvoll
sein Herz hätte erlektern mögen.
(Fortsetzung folgt.)

der Gemeinde Gerthe 158 für die weltliche Schule angemeldet. Einzigste Eltern haben bereits den Antrag gemacht, ihre zur weltlichen Schule angemeldeten Kinder wieder der konfessionellen Schule zuzuführen. Es wurde Johann noch beschloffen, in einer Eingabe an die in Frage kommenden Behörden die Unmöglichkeit der neuen Schulbesuchsanordnung der christlichen Mehrheit in Gerthe nachzuweisen.

Aus der Nachbarschaft.

Gerne, 19. April. Wegen Unterschlagung von Lohngehalt in Höhe von 1000 Mark ist von der Herner Kriminalpolizei der Lohnbuchhalter Otto Sch. in Bochum festgenommen worden. Die Geschädigte ist eine Firma in Bochum. Bei den Gewerbesteuern haben die Christlichen mit 269 Stimmen, die Freien Gemeindefreien mit 630 Stimmen sechs Mandate. Von rund 2500 Wahlberechtigten haben nur 899 (36,5 Prozent) gewählt. — Wegen Verstoßes von Edelmetallen nach dem Auslande ist der 20 Jahre alte Kaufmann Artur Hahn von hier in der Nähe von Lünen festgenommen worden. Er soll in Gerne und Umgebung vielen Personen auf betrügerische Weise höhere und kleinere Geldbeträge abgeholt haben. — Das Eiserne Kreuz 1. Klasse ist nachträglich dem Dachdeckermeister M. J. Breuer hier, der als Feldwebellieutenant im Landsturm-Regiment Gießen diente, verliehen worden.

Wattenscheid, 19. April. Reiche Bente macht Einbrecher, die zur Nachtzeit dem Geschäft des Kaufmanns Flotow an der Oststraße einen Besuch abstatten. Sie stahlen etwa 40 Angestellte, vier Gouvernantes, vier Stützwomen, eine Anzahl Kleider, Hüte, Krüge und Güte.

Wattenscheid, 19. April. Die Beigeordnetenfrage im Amt Wattenscheid wird, wie im Watt. Bg. berichtet, in Kürze gelöst werden. Am Sonntag wurde unter Führung des Bürgermeisters Dr. Heberhorst eine Deputation aus dem Amt Wattenscheid beim Oberpräsidenten in Münster, um diesen zu bitten, die Ernennung der Beigeordneten vorgeschlagenen Herren, des Bürgermeisters A. D. Baumann und des Gemeindevorstehers H. J. Heberhorst, nach Möglichkeit zu beschleunigen. Der Oberpräsident sagte dies zu. Mit Rücksicht darauf, daß Bürgermeister Dr. Heberhorst durch die Geschäfte als stellvertretender Amtmann zu sehr überlastet ist, wurde vom Oberpräsidenten zunächst in Aussicht gestellt, die Ernennung Baumanns zum kom. Amtmann von in den nächsten Tagen vorzunehmen. In der Frage der 2. Beigeordnetenstelle wird dann in einigen Wochen die Entscheidung getroffen werden. Im Laufe der Unterredung erklärte der Oberpräsident noch, daß er nicht grundsätzlich gegen die Wahl von sogenannten parlamentarischen Beigeordneten (Ratsmitgliedern) sei, sondern nur mit Rücksicht auf die augenblicklichen Schwierigkeiten im Amt Wattenscheid darauf habe sehen müssen, daß ein Fachmann an die Spitze des Amtes gestellt werde.

Günnigfeld, 19. April. In der Gemeindeversammlung entspann sich eine längere Debatte über den Beschluß der vorigen Sitzung in Sachen der Verpachtung der Gemeindevirtschaft. Der protokollierte Beschluß lautet, daß die Wirtschaft dem bisherigen Wirt Gröninger zu einem

Nachtrag von 6000 Mark jährlich übertragen worden ist. Dieser Beschluß ist mit 5 gegen 5 Stimmen gefaßt worden einschließlich der Stimme des Vorstehers. Weiter gab Johann den Ausschlag für Gröninger. Wegen diesen Beschluß legten die Gemeindevorsteher Schulte-Voh (Hr.) und Zimmer (D. Vpt.) Protest ein. Der Vorsteher stellte den Antragstellern anheim, beim Kreisaußschuß Protest einzulegen. Von der Westfälischen Straßenbahn lag das Angebot vor, die Hauptstraße während der Sommermonate durch einen elektrischen Sprengwagen besprengen zu lassen. Die Kosten betragen je Kilometer 2200 Mark. Das Angebot wurde abgelehnt, da die Kosten zu hoch seien. Die Stadt Gelsenkirchen hat der Gemeinde die Beteiligung an dem neu zu errichtenden Wasserwerk an. Der Gaspreis würde sich dann um 2 Pf. erhöhen. Die Angelegenheit wurde zur näheren Prüfung der Gas- und Wasserkommission übertragen. Die Gemeindefinanzrechnung für 1919 ist geprüft worden. An Einnahmen werden veranschlagt 844 385 Mark, an Ausgaben 1 061 464 Mark. Mit einem Voranschlag von 217 079 Mark ist in das Rechnungsjahr 1920 eingetreten worden. Der Gemeinderat genehmigte die vorgelegte Abrechnung.

Reithe, 19. April. Verkehrsverein. Im Lokal Kammann fand eine Versammlung von Leihern statt zur Bildung eines Ortsausschusses des Verkehrsvereins für die hiesige Gemeinde. Eröffnet und geleitet wurde die Versprechung durch den Chefredakteur Scholten-Wattenscheid. Verschiedentlich wurde bedauert, daß man der Eingemeindung nach Wattenscheid zugestimmt habe, die Verkehrsverhältnisse für Reithe zu bessern. Zur Wahl des Ortsausschusses wurden vorgeschlagen: Gemeindevorsteher Heiner, Steiner Geiger, Bräuer, Kraftschmidt und Kaufmann Gieseler. Zum Vorsitzenden wurde Heiner gewählt.

Witten, 19. April. Tuberkulose. Wie die hiesige Lungenklinik mitteilt, sind im Laufe des vergangenen Jahres im Stadtbezirk Witten 36 Personen an Tuberkulose gestorben. Die Lungenklinik wurde insgesamt von 1124 Personen in Anspruch genommen. In 345 Fällen wurde wirkliche Lungenentzündung festgestellt. Tuberkuloseverdacht bestand in 323 Fällen. Geschlossene Tuberkulose stellte der Stadtarzt in 97, offene in 32, Tuberkulose an anderen Organen (meist Skrofulo) in 83 Fällen fest.

Aus den Provinzen.

Gelsenkirchen, 19. April. Freiballfahrt. Der Niederheinsche Verein für Luftfahrt hat nach seiner sechsmonatigen Pause seinen „Betrieb“ wieder aufgenommen. Als erster Ballon konnte der Ballon „Gild“ am Sonntag auf dem Füllplatz der Heide-Alten-Grube gefüllt werden. Die Fahrt, die unter der Führung des bekannten Ballonführers Apotheker Veimiguel aus Essen stattfand, und bei der Professor Bamer wissenschaftliche Beobachtungen und Messungen vornahm, hat wertvolle Ergebnisse gezeitigt. Der Aufstieg war um 10 Uhr vormittags, der Ballon landete nach fünfstündiger Fahrt glatt in der Nähe von Bissfurt.

Dortmund, 19. April. In der Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst für die bergmännische Fortbildungsschule, die die westfälische Berggewerkschaftskasse in Dortmund errichtet, ein

Schulvorstand gebildet. Zum Zweck der Verwaltung des Schulvorstandes wurde die Deputation für die Verwaltung des Armenwesens und der milden Stiftungen durch ein Magistratsmitglied, den Stadtrat und Armenvorsteher, drei auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege und freiwilligen Wohltätigkeit erwählte Persönlichkeiten verfaßt. Ein Antrag auf Entlassung eines Vertreters der Invaliden und Rentenempfänger wird abgelehnt. Bei Besprechung des Haushaltsplanes der hiesigen Krankenanstalt, der bei 18 Millionen Mark mit einem Zuschuß von 4 Millionen Mark abschließt, kam es zu einer lebhaften Aussprache, die sich vornehmlich von sozialdemokratischer und unabhängiger Seite gegen die Verwaltung richtete. Die gegen die Leitung und einzelne Beamte vorgebrachten schweren Klagen über selbsttätigen Mißbrauch ihrer Stellung wurde von der Verwaltung als erledigt bezeichnet. Es wurde vorüberwiegend auf Klärung der Angelegenheiten gesprochen. Vom Magistrat wurde bemerkt, daß derartige Vorwürfe erst in die Deputation gehören und dort besprochen und geprüft werden müßten. Der Haushaltsplan wurde genehmigt und die zu einzelnen Punkten gestellten Anträge der Finanzkommission überlassen. Der Enteignungsantrag für Grundstücke in Brakel, der über den Bedarf für die Anlage eines Flugplatzes hinausgeht, wurde zurückgenommen.

Essen, 19. April. Entente-Offizierskino. Die Besatzungsbehörde hat die bekannte Tonhalle teilweise beschlagnahmt. Das Restaurant, das darunter liegende Kuche und das ganze erste Stockwerk sollen zu einem Offizierskino verwendet werden.

Köln, 19. April. Ein schweres Unglück durch Gasvergiftung ereignete sich in der Amsterdamerstraße. Dort wurden zwei 16jährige Zwillingsschwester, die einzigen Kinder ihrer Eltern, in ihrem Schlafzimmer bewußtlos aufgefunden. Alle Wiederbelebungsversuche durch einen Arzt waren erfolglos. Die beiden Mädchen hatten ihren Tod durch Einatmen von Gas gefunden, das dem nicht ganz geschlossenen Gasofen entströmt war.

Köln, 19. April. Institut für Verkehrslehre. Der Verwaltungsrat der Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Verkehrslehre ladet zur Gründung des Instituts für Verkehrslehre in Köln am 25. und 26. April ein. Das Institut will die wissenschaftliche Vorbereitung des Verkehrslehres und die Ausbreitung der Ergebnisse für die Praxis bezwecken. Der Gedanke zur Gründung der Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Verkehrslehre entwickelte sich in Expeditionskreisen, als aus der Praxis heraus. Die Gesellschaft steht sich vornehmlich aus Expeditionen und Schiffahrtshäusern zusammen. Der Verwaltungsrat war der Auffassung, daß nur in Verbindung mit einer Universität das Institut erfolgreich arbeiten könne. Als Ort der Gründung kam in erster Linie Köln in Betracht.

Zur Steuerung der städtischen Finanznot.

Durch Wort und Schrift ist die Tatsache, daß die Kommunalisierungsbestrebungen überall dort, wo sie allen vernünftigen Erwägungen zum Trotz sich mehr oder weniger durchgesetzt hatten, elend gescheitert haben, der Allgemeinheit zum Bewußtsein gebracht worden. Bis zur Vereinigung und Verbreitung der kommunalisierten Wirtschaft durch das Bild hat man sich noch nicht ver-

niegen. Diese Möglichkeit, die Absurdität der Kommunalisierungsbestrebungen der Allgemeinheit klar zu machen, soll der Stadt Viefel überlassen bleiben. Die durch den langen Unfug stark abgenutzten 25-Pfennig-Scheine werden binnen kurzem durch einen Neubruck ersetzt. Als Aufbruch hat man zeltgemäße Viefelfelder Ereignisse gewählt, so u. a. auch das kommunalisierte Kohlenbergwerk Kirchbornberg, den Unfallschicksal, in dem 3 Millionen Mark kommunale Gelder verschlungen sind, ohne daß eine einzige Tonne der leichtlich erhofften „kommunalisierten“ Kohle gefördert wurde. Für die Viefelfelder wird dieses Bildchen recht wehmütige Erinnerungen nach den schwundenen drei Millionen wecken. Sie werden wohl hoffentlich für alle Zeit von ihrer Kommunalisierungsstunde bereit sein. Es wäre zu begrüßen, wenn die übrigen Städte, die ja mit dem gleichen Erfahrungen aufwarten können, diesem Beispiele, „aufklärend“ zu wirken, Folge leisteten. Es würde sich eine prächtige Sammlung ergeben. Man denke nur an die Darstellung der Einheitsmünze, und des Einheitsbrottes, an die angedachten kommunalisierten Kartoffeln und den zentralisierten Kaffees, bis sie verdohten waren usw. Der Maler wird seinen ganzen Geist aufbieten müssen, um das Ergebnis der Kommunalisierungsmaßnahmen in dem richtigen Bilde erscheinen zu lassen. Sinnige Verse würden zur Veranschaulichung dieser Bilder wesentlich beitragen. Da derartige Geldscheine sehr gesucht sind, könnten die Städte auf diese Weise die erheblichen Verluste, die sie bei ihren Kommunalisierungsbestrebungen erlitten haben, zum Teil wenigstens wieder weinmachen.

Bermischtes.

Fernsprechnetze in England.

Nach längeren Kämpfen ist eine neue Fernsprechnetzordnung in England erlassen worden. Die Gebühren sind abgemindert worden; an ihre Stelle ist ein Einzelgesprächsgebührensystem getreten, das zu sehr erheblichen Erhöhungen kommt. Künftig kostet nach der „Times“ z. B. ein Anruf bei einer Gesprächsstation von jährlich 250 bis 500 Gesprächen in deutscher Papiermark für London durchschnittlich 2538 Mark; derselbe Anruf kostete vorher nach deutschem Gelde jährlich 1539 Mark. In der Provinz beträgt jetzt die Gebühr für einen gleichem Anruf 2303 Mark, während bisher 1410 Mark zu zahlen waren. Wie erinnerlich, leiden auch England, Frankreich und alle übrigen am Kriege teilhaftig gewordenen Länder unter schweren Mängeln im Fernsprechnetze; auch die Vereinigten Staaten von Amerika machen hierin keine Ausnahme; indes ist ihr Fernsprechnetz am wenigsten vom Kriege in Mitleidenchaft gezogen worden und hat sich am schnellsten erholt. Trotzdem überlegen die Gebühren in New York die oben genannten Londoner Zahlen noch um ein Geringes.

Sport.

Siegreiche Mannschaft. Am vergangenen Sonntag weilten die Langstreckenläufer des V. B. Preußen zum Geländelauf beim Kölner Ballspielklub in Köln. Sie errangen unter großer und starker Konkurrenz den 3. Mannschaftspreis.

Stadt Bochum.

Ausgabe der neuen hauptbrotblätter, Waren-, Zuder-, Zuderzucker- und Milcharten in Bochum.

Denjenigen Einwohnern, die die vorbezeichneten Lebensmittel aus irgend einem Grunde in den Bezirken (Schulen) nicht abholen konnten, ist zur Abholung der Karten Donnerstag, den 21. d. Mts., im Verwaltungsbau des Vorkriegs, Nr. 6, Zimmer 35 (Sitzungsraum) in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags Gelegenheit gegeben.

Bochum, den 19. April 1921.

Der Magistrat.

Benachrichtigung.

Durch Verordnung vom 30. März 1921 hat der Reichsfinanzminister zur Durchsetzung des Steuerabzuges für das Rechnungsjahr 1921 folgendes bestimmt:

Die Wölfe 1 und 2 des § 1 der Bestimmungen vom 28. Juli 1920 erhalten mit Wirkung vom 1. April 1921 folgende Fassung:

Jeder Arbeitgeber hat den ständig von ihm beschäftigten Arbeitnehmern bei jeder Lohnzahlung 10 vom Hundert des Betrages einzubehalten, um den der auszahlende Arbeitslohn

- a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen 4.— M. für den Tag,
- b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Wochen 24.— M. für die Woche,
- c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Monaten 100.— M. für den Monat

übersteigt.

Der gleiche Betrag ist abzugsfrei zu belasten für die zur Haushaltung zählende Ehefrau des Arbeitnehmers.

Der dem Steuerabzug nicht unterworfenen Teil des Arbeitslohns erhöht sich für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind

- a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen um 6.— M. für den Tag,
- b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Wochen 36.— M. für die Woche,
- c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Monaten um 150.— M. für den Monat.

Zur Berechnung des vorstehenden Freiheits für die Ehefrau und Kinder ist der Stand vom 1. April 1921 maßgebend.

Der § 1 a der Bestimmungen vom 28. Juli 1920 tritt mit Wirkung vom 1. April 1921 außer Kraft. Es sind jedoch von diesem Zeitpunkt ab ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitslohns jeweils nur 10 vom Hundert von dem dem Abzug unterliegenden Arbeitslohn einzubehalten.

Bochum, den 16. April 1921.

Das Finanzamt.

Amt Bochum Süd

Nachtrag zum Ortsstatut vom 1. Juli 1912.

Auf Grund der §§ 120, 142 und 150 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich in der Fassung des Gesetzes vom 27. Dezember 1911 (R. G. Bl. 1912, Seite 133), des § 37 des Allgemeinen Berggesetzes für die preussischen Staaten vom 24. Juni 1895 (R. G. Z. 705) in der Fassung des Gesetzes vom 24. Juni 1898 und des preussischen Gesetzes betreffend die Erhebung von Beiträgen für die gewerblichen Fortbildungsschulen vom 1. August 1909 (R. G. Z. 733) in Fassung des Gesetzes vom 29. Juni 1916 (R. G. Z. 115) wird nach Anhörung beteiligter Gewerbetreibender und Arbeitnehmer sowie unter Zustimmung der Amtsversammlung für den Amtsbezirk Bochum-Süd nachstehendes festgesetzt.

§ 1. Die durch das Ortsstatut vom 1. Juli 1912 festgesetzte Fortbildungsschulpflicht wird auf die im Amt Bochum-Süd nicht bloß vorübergehend, d. h. länger als eine Woche beschäftigten deutschen Bergarbeiter (und ungewerbliche Arbeiter) im Alter von 14 bis 18 Jahren ausgedehnt.

Die Bergarbeiter genießen ihrer Schulpflicht durch den Besuch der von der westfälischen Berggewerkschaftskasse zu Bochum errichteten und unterhaltenen bergmännischen Fortbildungsschule ihres Wohnortes.

Die Fortbildungsschulpflicht der Bergarbeiter gilt nur solange, als die westfälische Berggewerkschaftskasse zu Bochum bergmännische Fortbildungsschulen als Ersatzschulen unterhält.

§ 2. Die Bestimmungen des Ortsstatuts vom 1. Juli 1912 mit Ausnahme derjenigen des § 4 betr. Beitragspflicht der Arbeitgeber finden auf die von der westfälischen Berggewerkschaftskasse zu Bochum eingerichteten und vom Oberamt zu Dortmund als Ersatzschulen zugelassenen bergmännischen Fortbildungsschulen mit der Maßgabe stundengemäße Anwendung, daß die Unterrichtszeiten von der Berggewerkschaftskasse festgesetzt und bekanntgegeben werden.

§ 3. Dieser Nachtrag tritt am 1. April 1921 in Kraft mit der Maßgabe, daß die vor dem 1. Oktober 1920 aus der Volksschule entlassenen Bergarbeiter von der Schulpflicht befreit bleiben.

Altenbochum, den 10. Februar 1921.

Der Amtmann: Der Beigeordnete: Boob. Gieseler.

Genehmigt.

Arnberg, den 1. April 1921.

Ramens des Bezirksausschusses, Abt. 2. Der Vorsitzende.

Wird veröffentlicht.

Altenbochum, den 16. April 1921.

Der Amtmann: Boob.

Gemeinde Weitmar.

Neueintragung in die Kundenliste der Kolonialwarenhändler.

Es sind neue Lebensmittelkarten zur Ausgabe gelangt und hat bei den Kolonialwarenhändlern eine Neueintragung in die Kundenliste zum Bezüge von Zuder usw. zu erfolgen.

Das Warenaustragsheft und die Lebensmittelkarten sind von Donnerstag, den 21. April bis Montag, den 25. April bei den Kolonialwarenhändlern zur Eintragung vorzulegen. — Die Kolonialwarenhändler haben in das Warenaustragsheft den Firmenstempel, das Datum und die laufende Nummer der Kundenliste einzufügen. In gleicher Weise wird die Lebensmittelkarte abgestempelt und mit der Nummer der Kundenliste versehen.

Die Kolonialwarenhändler haben die Kontrollabschnitte mit der aufgetragenen Kundenliste am Mittwoch, den 27. April auf dem Lebensmittelamt abzuliefern.

Weitmar, den 19. April 1921.

Lebensmittelamt.

Amt Eickel

Verwandtenfinder nach Ostpreußen.

Die Anmeldung derjenigen Kinder, welche für die Zeit des Sommers zu ihren Verwandten nach Ostpreußen kommen dürfen und in Sammeltransporten durch den Rhein-Westfälischen Verein für Entsendung von Kindern nach Ostpreußen dorthin gebracht werden sollen erfolgt in Eickel, Amtshaus 2, Zimmer 22 am 20. April 1921, vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr. Bei der Anmeldung ist eine schriftliche Einladung der Verwandten, die auf den Namen des betr. Kindes lauten, abzugeben und das Verzeichnis einzufügen. Die schriftliche Einladung kann nachträglich beigebracht werden. Gemäß den festgelegten Bestimmungen für diese Kindertransporte wird in diesem Jahre der Preis für alle Kinder unter 14 Jahren einheitlich festgesetzt und beträgt 56 M. für die Hinreise. Die Verpflegung unterwegs möglichst sein, bedarf nach der Regelung. Die Transporte werden voraussichtlich Ende April oder Anfang Mai hier abfahren. Bei nachzuweisender Bedürftigkeit kann Ermäßigung des Fahrpreises erfolgen.

Eickel, den 18. April 1921.

Der Amtmann.

Weißer Kachel-Eck-Ofen

mit oder ohne Heizkessel zu verkaufen. Näb. in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Trauringe

massiv Gold
jede Freisilber und Form
sich vorrätig.

Heinr. Schweers

Goldschmiedemeister

Bochum, Wilhelmstr. 13.

Fenster- Spiegel- Glas

Guss- abnehmer schnell, feierbar

W. Schulte & Co.,

Bochum, Völknerstr. 53,

Telefon 3301

Musik-Instrumente

jeder Art

Teilzahlung gestattet

O. Ludwig Nachf.

Bochum, Brückstr. 61

gegenüber Kortländer.

Spezialität:

Reparatur-Werkstatt

f. Streich-Instrumente

Zum

Puppenkönig

Bochum, Gr. Beckstr. 13,

Alt. Spezialgeschäft am Platz

Puppen werden d. ganze

Jahr geholt. Anfertigung

sämtl. Karabinen, auch v.

ausgezeichneten Haaren

und preiswert.

Wilh. Hochstetter,

Präsident v. Puppenspieler-

meister, Frdm. Bochum 1917

Schuhmacher-

Kolbit - Maschine,

gut haltend, billig zu ver-

kaufen. W. Völkner,

Weidenbrunn 13.

Hüte • Mützen • Schirme

modern, solide, preiswert
kauft man nur in der ::
Hut-Fabrik H. Kemner
Obere Marktstraße 27.

Wanzen deren Brut

verfügt fast nur Kammerjäger Berg's Nicodan.
Erfolg verheißend. Kinder, anzunehmen, überall.
Beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolgreich in allen Drogerien und Apotheken und bei
H. Marx, Rathaus-Drug rie, Rosensir. 2
sonst portofrei bei H. Marx, A. Grosse, Berlin, Königgrätzer-Str. 49

Die weltberühmte

PFAFF Nähmaschine

In alter Friedensqualität und jeder Ausführung wieder lieferbar bei kulanter Zahlungsbedingung.

Stoff- und Näh-Unterricht gratis.

A. Walters

Friedrichstr. 9 / Telefon 1161.

Benzin

für Personen- und Kraftwagen

Wetterlampenbenzin

Lötbenzin

sofort als Tankanlage Essen greifbar.

Motorenbetriebsstoff-Ges.m.b.H. Essen

Telefon Nr. 525, 521, 522.

Tragen Sie

nur Mercks Naturhaar-Zöpfe

und Haarschlag

Größtes Haus am Platz.

Enorme Auswahl. Billige Preise. Feinster

gut haltend, billig zu verkaufen. W. Völkner,

Weidenbrunn 13.

Frau Merck :: Hochstraße 20.

Bezugspreis
der Zeit.
Jahres-
bezug
10 M.
Einzel-
bezug
2 M.
An-
nahme
unter
Vorbehalt

Bollsch

Die Bollsch
ihrem
Ort
74 und 76
Uppell an
recht vor
den Bollsch
sich find
des Jänner
der entbre
der in 4
Bollsch
tage mit
Reichs
der Bollsch
Wohlfahrt
Wohlfahrt
mehreren
nem Bollsch
lautet nur
läßt die
Bollsch an
Zulassung
berechtigter
der Unter
dung aus
terkündet
terkündet
14 Tage u
Gefahr
kommen, f
den gleich
res ein ne
nen. Das
sich, daß
gehen un
aehrungs
lassen.
mungsge
Stimmber
nützlich
präsident
Die Einzel
ich von de
det. Es m
Behandlung
Im Ganzen
bare Gr
etner weise
auch mit
umständlich
nicht allzu

Bollsch

Die Bollsch
ihrem
Ort
74 und 76
Uppell an
recht vor
den Bollsch
sich find
des Jänner
der entbre
der in 4
Bollsch
tage mit
Reichs
der Bollsch
Wohlfahrt
Wohlfahrt
mehreren
nem Bollsch
lautet nur
läßt die
Bollsch an
Zulassung
berechtigter
der Unter
dung aus
terkündet
terkündet
14 Tage u
Gefahr
kommen, f
den gleich
res ein ne
nen. Das
sich, daß
gehen un
aehrungs
lassen.
mungsge
Stimmber
nützlich
präsident
Die Einzel
ich von de
det. Es m
Behandlung
Im Ganzen
bare Gr
etner weise
auch mit
umständlich
nicht allzu

Bollsch

Die Bollsch
ihrem
Ort
74 und 76
Uppell an
recht vor
den Bollsch
sich find
des Jänner
der entbre
der in 4
Bollsch
tage mit
Reichs
der Bollsch
Wohlfahrt
Wohlfahrt
mehreren
nem Bollsch
lautet nur
läßt die
Bollsch an
Zulassung
berechtigter
der Unter
dung aus
terkündet
terkündet
14 Tage u
Gefahr
kommen, f
den gleich
res ein ne
nen. Das
sich, daß
gehen un
aehrungs
lassen.
mungsge
Stimmber
nützlich
präsident
Die Einzel
ich von de
det. Es m
Behandlung
Im Ganzen
bare Gr
etner weise
auch mit
umständlich
nicht allzu

Bollsch

Die Bollsch
ihrem
Ort
74 und 76
Uppell an
recht vor
den Bollsch
sich find
des Jänner
der entbre
der in 4
Bollsch
tage mit
Reichs
der Bollsch
Wohlfahrt
Wohlfahrt
mehreren
nem Bollsch
lautet nur
läßt die
Bollsch an
Zulassung
berechtigter
der Unter
dung aus
terkündet
terkündet
14 Tage u
Gefahr
kommen, f
den gleich
res ein ne
nen. Das
sich, daß
gehen un
aehrungs
lassen.
mungsge
Stimmber
nützlich
präsident
Die Einzel
ich von de
det. Es m
Behandlung
Im Ganzen
bare Gr
etner weise
auch mit
umständlich
nicht allzu

Bollsch

Die Bollsch
ihrem
Ort
74 und 76
Uppell an
recht vor
den Bollsch
sich find
des Jänner
der entbre
der in 4
Bollsch
tage mit
Reichs
der Bollsch
Wohlfahrt
Wohlfahrt
mehreren
nem Bollsch
lautet nur
läßt die
Bollsch an
Zulassung
berechtigter
der Unter
dung aus
terkündet
terkündet
14 Tage u
Gefahr
kommen, f
den gleich
res ein ne
nen. Das
sich, daß
gehen un
aehrungs
lassen.
mungsge
Stimmber
nützlich
präsident
Die Einzel
ich von de
det. Es m
Behandlung
Im Ganzen
bare Gr
etner weise
auch mit
umständlich
nicht allzu

Bollsch

Die Bollsch
ihrem
Ort
74 und 76
Uppell an
recht vor
den Bollsch
sich find
des Jänner
der entbre
der in 4
Bollsch
tage mit
Reichs
der Bollsch
Wohlfahrt
Wohlfahrt
mehreren
nem Bollsch
lautet nur
läßt die
Bollsch an
Zulassung
berechtigter
der Unter
dung aus
terkündet
terkündet
14 Tage u
Gefahr
kommen, f
den gleich
res ein ne
nen. Das
sich, daß
gehen un
aehrungs
lassen.
mungsge
Stimmber
nützlich
präsident
Die Einzel
ich von de
det. Es m
Behandlung
Im Ganzen
bare Gr
etner weise
auch mit
umständlich
nicht allzu

Bollsch

Die Bollsch
ihrem
Ort
74 und 76
Uppell an
recht vor
den Bollsch
sich find
des Jänner
der entbre
der in 4
Bollsch
tage mit
Reichs
der Bollsch
Wohlfahrt
Wohlfahrt
mehreren
nem Bollsch
lautet nur
läßt die
Bollsch an
Zulassung
berechtigter
der Unter
dung aus
terkündet
terkündet
14 Tage u
Gefahr
kommen, f
den gleich
res ein ne
nen. Das
sich, daß
gehen un
aehrungs
lassen.
mungsge
Stimmber
nützlich
präsident
Die Einzel
ich von de
det. Es m
Behandlung
Im Ganzen
bare Gr
etner weise
auch mit
umständlich
nicht allzu